

Rettungsplan für den Groden

Wesermarsch. Statt den Vordeich zu öffnen und den Langwarder Groden zu vernässen, könnten sinnvoller im Bereich Augustgroden neue Salzwiesenflächen geschaffen werden. Diese Forderung stellte Dieter Brockhoff, Vorsitzender des Fördervereins Langwarder Groden, gestern gegenüber dem Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Ulf Thiele. Der war offen für die Argumente. Von Christian Heske

Ulf Thiele besuchte im Rahmen seiner Sommertour am Jadebusen die größte Deichbaustelle Niedersachsens. Die Mitglieder des Fördervereins nutzten dabei die Gelegenheit, auf das ihrer Ansicht nach unsinnige Vorhaben hinzuweisen, den Langwarder Groden als Naturausgleichsmaßnahme wieder zu vernässen. Hintergrund sind Planfeststellungsbeschlüsse für Deichbauvorhaben in Cäciliengroden und am Augustgroden sowie für den Bau des Jade-Weser-Ports.

„Im Langwarder Groden gibt es auf 142 Hektar bestens funktionierenden Naturschutz“, betonte Dieter Brockhoff mit Blick auf 16 Landwirte, die die Nordspitze Butjadingens extensiv bewirtschaften. Der im Jahre 1933 gebaute Sommerdeich verbessere den Küstenschutz. Außerdem handele es sich bei dem 4,2 Kilometer langen Bauwerk um den besten Wanderweg in Butjadingen und somit um eine touristische Attraktion. „Wir fordern den Erhalt des Ist-Zustandes“, sagte der Fördervereinsvorsitzende.

Zweifel an Maßnahme

Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Björn Thümler äußerte Zweifel an den geplanten Naturausgleichsmaßnahme im Norden der Wesermarsch. „Die Flächen vor dem Groden sind mittlerweile höher als im Groden selbst. Man müsste erst einen Kanal baggern, damit das Wasser hineinkommt“, gab er zu bedenken.

Die Fördervereinsmitglieder zeigten dem CDU-Generalsekretär vor Ort an der Deichbaustelle in Augustgroden, dass an dieser Stelle leicht weitere Salzwiesen geschaffen werden könnten. Ulf Thiele nahm das Anliegen nickend zu Kenntnis, mahnte aber auch: „Es ist nicht einfach, einen zehn Jahre alten Planfeststellungsbeschluss zu ändern.“

Gleichzeitig äußerte Ulf Thiele grundsätzliche Zweifel daran, dass für Deichbaumaßnahmen ein Naturschutzausgleich notwendig sei. „Der Eingriff ist kurzfristig und schädigt die Natur nicht.“ Wenig sinnvoll ist nach Auffassung des Unionspolitikers auch der Zwang, vor Ort Ausgleichsmaßnahmen mit zweifelhaftem Nutzen vornehmen zu müssen. Stattdessen könne man einen finanziellen Ausgleich ermöglichen und mit gesammelten Mitteln Sinnvolles tun. Das Land Niedersachsen sei in Verhandlungen, in diesem Punkt das Bundesnaturschutzgesetz zu ändern.

Leenert Cornelius erinnerte als Vorsteher des II. Oldenburgischen Deichbandes den CDU-Generalsekretär an die Notwendigkeit weiterer finanzieller Unterstützung für die Deichverstärkungen am Jadebusen. „Wir sind in den vergangenen Jahren gut vorangekommen, hier geht ein Dankeschön ans Land“, sagte der Deichbandvorsteher. 2009 gab es 21 Millionen Euro. Für dieses Jahr sind mindestens 17 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Das Geld stammt aus Landes- und Bundestöpfen und wird vom Land verteilt. „Wenn es in den kommenden Jahren so weitergeht, dann sind wir gut dabei“, sagte der Deichbandvorsteher.

Um Kosten zu reduzieren, will der Deichband die Stahlspundwand, die ab Hobenbrake zur Stabilisierung des weichen Deichuntergrunds dient, nur noch bis zum Ende des Schwimmenden Moores bei Sehestedt setzen. „Von Schweiburg in Richtung Dangast wollen wir ohne die teure Spundwand auskommen“, kündigte Leenert Cornelius an. Weil der Boden dort tragfähiger sei, könne man für die Deicherhöhung voraussichtlich den Deichfuß verbreitern.